



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 03.07.2019, 17:35 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Kommunalwahl 2019 - Feststellung möglicher
Hinderungsgründe für den Eintritt in den
Gemeinderat

Vorl.Nr. 223/19

Beschluss:

Gemäß § 29 Abs. 5 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg wird festgestellt, dass bei keiner/keinem der Gewählten ein Hinderungsgrund für den Eintritt in den Gemeinderat vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Henning
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Link
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadtrat Remmele
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung. Nachdem seitens des Gremiums keine Einwände zur Tagesordnung vorgebracht werden, eröffnet er die Sitzung und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache. OBM **Spec** lässt sogleich über die Vorlage 223/19 Beschluss fassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den unter Ziffer 3.3 des Entwurfs des Maßnahmenplans Luftreinhaltung, Teilplan Ludwigsburg auf Seite 28 ff. zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die ausführliche Beratung im Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU). Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beiliegt, führt er in das Thema ein.

Im Anschluss führt Stadtrat **Noz** aus, mit heutigem Beschluss sei die Aufgabe noch nicht erledigt. Eine große Aufgabe stehe dem neuen Gemeinderat noch bevor. Es seien gute Ansätze zur Verbesserung der Luftqualität vorhanden. Ludwigsburg habe schon viel erreicht; in Baden-Württemberg sei vieles auf gutem Wege.

Nicht nur der Straßenverkehr rufe die Luftbelastung hervor. Der Individualverkehr dürfe nicht verteufelt werden. Die Mobilität müsse gewährleistet bleiben. Auch Feuerungsanlagen und Industriebetriebe trügen zur Luftbelastung bei. Aber auch die Industrie, Arbeitsplätze und der Wohlstand dürften nicht „erwürgt“ werden. Fahrradfahren sei eine gute Ergänzung. E-Mobilität habe auch negative Auswirkungen, z.B. Arbeitsplatzverlust, Batterieherstellung und -entsorgung. Die Verflüssigung des Verkehrs sei eine richtige Maßnahme. Man müsse auch bereit sein, Umgehungsstraßen zu bauen. Mit der Doppelstrategie seien gute Ansätze erreicht worden. Der Zug zwischen Markgröningen und Ludwigsburg müsse zeitnah aufs Gleis gebracht werden. Ab 01.01.2020 gebe es in Ludwigsburg eine verbesserte Bus-Taktung, was den Umstieg vom Auto in den ÖPNV fördere. Das Maßnahmenpaket welches die Handschrift von OBM Spec trage müsse, auch nach seiner Amtszeit, umgesetzt werden.

Im Entwurf des Luftreinhalteplans stünden viele gute Dinge, teilt Stadtrat **Prof. Vierling** mit. Ob der Entwurf es allerdings schaffen werde, die Deutsche Umwelthilfe bzw. das Verwaltungsgericht zu überzeugen, stehe noch in den Sternen.

Er rege an, das 365 € ÖPNV-Jahresticket in den Entwurf des Luftreinhalteplans aufzunehmen. Dies solle in einer entsprechenden Stellungnahme dem Luftreinhalteplan beigelegt werden. Der Wunsch der Bevölkerung auf den ÖPNV umzusteigen sei groß. Dies könne man an der Nachfrage nach den 3 € Tagestickets ablesen.

Die Stadt Wiesbaden habe durch die Aufnahme dieser Maßnahme wesentlich zu einem Kompromiss mit der Deutschen Umwelthilfe beigetragen.

Richtig und gut im Luftreinhalteplan erscheine das Element der Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 40 km/h. Dies trage zu einer Verflüssigung des Verkehrs bei und solle aus seiner Sicht für die ganze Stadt umgesetzt werden.

Bei der Aufstellung der angedachten Filter-Cubes solle darauf geachtet werden, dass die Wurzeln der Bäume nicht geschädigt werden.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** teilt mit, er hoffe dass die Maßnahmen im Luftreinhalteplan, welche von seiner Fraktion unterstützt werden, das Verwaltungsgericht überzeugen, damit auf Fahrverbote verzichtet werden könne. Allerdings müsse auch gesagt werden, dass die Grenzwerte schon seit Jahren bekannt seien und die Städte, beinahe seit Jahrzehnten gegen dies Grenzwerte verstoßen, passiert sei – auch in Stuttgart – nichts bzw. wenig. Exemplarisch erläutert er die in Stuttgart durchgeführten Maßnahmen.

Grundsätzlich halte er, wie sein Vorredner, eine Temporeduzierung von 50 km/h auf 40 km/h für richtig. Eine Temporeduzierung, als punktuelle Maßnahmen, genau vor der Messstation einzuführen, sei aber zu kurz gedacht. Man müsse, wie beim Lärmaktionsplan, großräumiger denken.

Sinnvolle Busbeschleunigungsmaßnahmen im bestehenden Streckensystem seien sinnvoller und schneller umzusetzen, als das BRT-System. Man stehe aber zum Beschluss der Doppelstrategie. Das angesprochene 365 € Jahresticket werde voll unterstützt. Er glaube aber nicht, dass dies bereits als bindender Beschluss in den Luftreinhalteplan aufgenommen werden könne.

Mittelfristig müsse der Kfz-Verkehr in der Stadt massiv reduziert werden. Dies gelte auch für die Elektromobilität. Fahrradfahren sei vor diesem Hintergrund nicht nur, wie von Stadtrat Noz angesprochen, eine Ergänzung, sondern ein Ersatz für das Autofahren.

OBM **Spec** teilt mit, der Fachbereich Nachhaltige Mobilität prognostiziere ca. 1,5 bis 2 Mio. Euro Kosten für die Stadt bei einer Einführung des 365 € Jahrestickets.

Stadtrat **Rothacker** führt aus, es handle sich um eine Fortschreibung des Luftreinhalteplans. Weitere Fortschreibungen würden auch in Zukunft notwendig werden. Vor einer Einführung eines 365 € Jahrestickets solle zunächst die Abrechnung der Tagestickets abgewartet werden. Die Einführung dieser Tickets liege nicht einmal ein Jahr zurück. Seines Wissens seien die Kosten für die Tagestickets höher, als ursprünglich angenommen.

Man müsse in Ludwigsburg alles dafür tun, die Luft zu verbessern, daher werde die FDP der Vorlage zustimmen, teilt Stadtrat **Eisele** mit. Er informiert, die Deutsche Umwelthilfe (DUH) habe heute eine Pressemitteilung herausgegeben in welcher die DUH den Ludwigsburger Luftreinhalteplan als unseriös bezeichnet. Die Gerichtsentscheidung werde daher interessant werden.

Die Einschätzung der DUH spreche nicht für die Seriosität der Umwelthilfe selbst, teilt OBM **Spec** mit. Es sei in Versuchen erwiesen worden, dass im lokalen Umfeld der Filter-Cubes eine Reduktion der Luftbelastung erreicht werden könne. Die Ergänzung der Filter Cubes ziele darauf ab, die am stärksten belasteten Bereiche, spürbar zu entlasten. Nachweislich werde eine Filtrationswirkung erzielt.

Stadträtin **Burkhardt** habe die Klage der DUH für notwendig gehalten. Die Gesundheit der Bevölkerung müsse geschützt werden. Einzelne Vorschläge in der Vorlage seien richtig. Insbesondere beispielsweise die Bevorrechtigung des Busverkehrs inklusive einer Verbilligung der Tickets.

Die Filtersäulen der Fa. Mann & Hummel in der Friedrichstraße könne man als Versuch sehen. Interessant werde es, wenn man in ein paar Jahren untersuche was diese Säulen gebracht haben. Interessant wäre es auch, den Vergleich zwischen der Aufstellung der Säulen und einer Baumpflanzungen herzustellen. Sie bittet darum, Untersuchungen zur Effektivität der Filtersäulen zur Verfügung zu stellen, sobald diese vorliegen. In der Vorlage gebe es keine Aussagen zum Fußwegekonzept. Ein solches sei dringend erforderlich.

OBM **Spec** regt an, dass ein Vertreter der Fa. Mann & Hummel im Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) über die Funktionsweise der Filtersäulen berichtet. BM **Ilk** ergänzt, im nächsten MTU werde er über das 365 €-Ticket informieren. Gespräche mit dem Verkehrsverbund (VVS) hätten stattgefunden. Das 365 €-Ticket würde ca. 1,5 bis 2 Mio. Euro/Jahr kosten. Der Fahrgastzuwachs sei mit einem solchen Ticket begrenzt. Es würde zu Umschichtungen kommen. Über ein Paket im Rahmen des Neubürgermarketings „Mobilität für Neubürger“ mache sich die Verwaltung derzeit Gedanken.

Es komme darauf an, die Willenserklärung, ein 365 €-Ticket als weitere relevante Verbilligungsmaßnahme in den Prozess mitaufzunehmen, teilt Stadtrat **Prof. Vierling** mit. Man solle sich nicht von ersten Zahlen schocken lassen. Es handle sich um einen Verhandlungsprozess. Das 365 €-Ticket solle im Kontext der Luftreinhaltemaßnahmen erwähnt werden.

OBM **Spec** teilt mit, wie von BM Ilk angeregt, könne dies z.B. in einem Begleitschreiben aufgenommen werden.

Stadtrat **Rothacker** führt aus, vor den Haushaltsberatungen könne man einem 365 €-Ticket nicht zustimmen.

Stadtrat **Herrmann** erklärt, dem Vorschlag, ein Begleitschreiben dem Luftreinhalteplan beizulegen, wie von BM Ilk angeregt, könne er gerne folgen. Man müsse den Kosten-Nutzen-Effekt bei der Einführung von Tickets im Blick behalten.

Stadträtin **Burkhardt** erkundigt sich, in welchem Stadium der Planung sich das Fußwegekonzept befinde. Wenn es ein vernünftiges Fußwegekonzept gebe, würde sich dies auch positiv auf die Luftwerte auswirken.

OBM **Spec** entgegnet, bis 31.12.2020 sollten die im Luftreinhalteplan aufgeführten Maßnahmen gemacht werden, die signifikant die Luftschadstoffe verbessern. Das Thema Fußwegeverbesserung sei im Masterplan verankert und werde im Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt weiterverfolgt.

Entsprechend der Aussprache werde dem Luftreinhalteplan ein entsprechendes Begleitschreiben beigelegt, dass sich die Gremien mit der Einführung eines 365 €-Tickets befassen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt OBM Spec über die Vorlage 193/19 Beschluss fassen.

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit der Hochschule Reutlingen und der Wüstenrot & Württembergischen AG, die finanziellen und infrastrukturellen Bedingungen für die Unterbringung eines Dualen Studiengangs „**Digital Engineering & Management**“ zu prüfen und ein detailliertes Finanzierungskonzept für die Beteiligung der Stadt Ludwigsburg zu erarbeiten.

Vor dem Hintergrund der bereits zugesagten finanziellen Unterstützung der Wüstenrot-Stiftung und weiterer Unternehmen fördert die Stadt Ludwigsburg - **Vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderats im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplan 2020 und zur mittelfristigen Investitions- und Finanzplanung** - mit einem Anteil von bis zu 150.000 € / Jahr ab dem Wintersemester 2020 über einen Zeitraum von 5 Jahren die Ansiedlung eines Standorts der Hochschule Reutlingen mit dem Studiengang Wirtschaftsinformatik.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist einleitend auf die Vorberatung zum Thema. Die Überlegungen zum Bachelor- und Masterstudiengang seien mittlerweile weitergediehen. Angedacht sei eine Anschubfinanzierung wie seinerzeit bei der Ansiedlung der Theaterakademie. Bezüglich der räumlichen Unterbringung laufe derzeit die Prüfung durch die Beteiligten.

Prof. Dr. Rossmann (Hochschule Reutlingen) stellt im Anschluss das duale Konzept der Studiengänge vor. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels vor allem im Bereich Informatik sei das Ziel die durch Unternehmen kofinanzierte Schaffung von 40 Bachelor-Plätzen und 20 Master-Plätzen in „Digital Engineering and Management“ ab 2020. Die Validierung laufe bis Ende Juli des Jahres. Die Stadt werde an der Gestaltung des Standorts beteiligt.

Die CDU-Fraktion stehe laut Stadtrat **Herrmann** diesem Zukunftsthema positiv gegenüber. Die Prüfung des Standorts und der Finanzierung sei noch nicht abgeschlossen und hier sei der Haushaltsvorbehalt wichtig.

Stadtrat **Prof. Vierling** führt aus, dass die Weiterentwicklung des Hochschulstandorts Ludwigsburg

Protokollauszug Gemeinderat 03.07.2019

positiv sei. Die Prüfung der räumlichen Unterbringung bzw. der Begleiterscheinungen stehe allerdings erst am Anfang und müsse zusammen mit dem Stadtteilentwicklungsprozess in der Südstadt gesehen werden. Aufgrund der vielen offenen Fragen, was das Zusammenspiel von Bildungseinrichtungen und Wohnen in der Südstadt anbelangt, was den Verkehr und die dauerhafte Finanzierung durch Unternehmen betrifft, sei es sinnvoll, den Standort ergebnisoffen neu zu prüfen. Vorzulegen sei ebenfalls ein Verkehrskonzept.

Die Fraktion stimmt der Vorlage zu, so Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Dieser Einstieg in die kommunale Hochschulpolitik sei nicht falsch und sei ein weiterer Baustein in der Entwicklung der Ludwigsburger Bildungslandschaft. Die praktischen Probleme auch die des Verkehrs seien lösbar. Bei der Finanzierung sollte darauf geachtet werden, dass das Land seiner Rolle als Träger gerecht werde. Man hofft auf den Erfolg der neuen Hochschule.

Stadtrat **F. Lutz** wundert sich über skeptische Wortmeldungen angesichts der überschaubaren Summe. In der Digitalisierung gebe es eine dynamische Entwicklung mit großem Fachkräftemangel, daher sei es ein sinnvoller Schritt. Das Duale System habe sich bewährt. Nach der Aufnahme des Betriebs sollte eine Evaluierung stattfinden. Die Finanzierung sei für die Fraktion vertretbar.

Die Erweiterung des Hochschulstandorts sei mehr als sinnvoll, meint Stadtrat **Eisele**. Namhafte Unternehmen der Region seien Partner für den Studiengang. Die Verkehrsproblematik in der Südstadt müsse angegangen werden.

OBM **Spec** informiert in diesem Zusammenhang, dass die Deutsche Bahn mitgeteilt habe, dass die Einrichtung des Bahnhofs W&W mit einem Viertelstundentakt möglich sei. Er lässt sodann über den Beschlussvorschlag einschließlich des Haushaltsvorbehalts (s. Beschluss) abstimmen

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt den **Bau der Grundschule Fuchshofstraße**, auf der Grundlage der überarbeiteten Entwurfsplanung und Kostenberechnung vom 04.06.2019 mit **Projektkosten** in Höhe von 29,5 Mio. EUR (Kostengruppen 200-600+700, inklusive Unterrichts- und Betreuungsausstattung zuzüglich 19% MwSt., Sicherheitszulagen und Baupreissteigerung).
2. Die notwendigen Finanzmittel werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2020 ff. zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 17 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

BMin **Nießen** verweist einleitend auf die mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt. In der Debatte sei die Frage beantwortet worden, dass der von der SPD beantragte Kostendeckel von 26 Mio. Euro ausreiche, dies sei auch vom externen Controller bestätigt worden. Weitere Einsparungen könnte man nicht erreichen. Die Beauftragung eines Generalübernehmers bringe eher keine weiteren Ersparnisse, diese seien allenfalls über Ausschreibungspakete erreichbar. Der Bedarf für die Schule ab dem Schuljahr 2022 sei dringend geboten, weitere Verzögerungen würden eher zu Mehrkosten führen.

Stadtrat **Braumann** zufolge habe die Fraktion dem SPD-Antrag auf Kostendeckel in gutem Glauben zugestimmt, das im Schulbereich noch viel zu tun sei. Klar sei, dass die gestiegenen Gestaltungsanforderungen des Landes nur in diesem Ausmaß auch bezuschusst werden, nicht darüber hinaus. Der Gemeinderat müsse abwägen, ob Zeitverzug oder hohe Kosten gewichtiger seien, dies betreffe im Übrigen auch das Bildungszentrum West. Da der Kostendeckel von der Verwaltung nicht eingehalten wurde, werde seine Fraktion mehrheitlich gegen das Vorhaben stimmen. Er bittet um eine neue Vorlage.

Bei dem Schulbau denke man 50 Jahre in die Zukunft, führt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** anhand einer alten Weisheit aus. Für das Ganztageskonzept würden die Raumkonzepte gebraucht. Für den Bewegungsbedarf der am Ende 500 Schulkinder brauche es Platz. Etwasige Einsparungen für Parkgaragen oder Stellplätze zu verwenden, sei nicht zukunftsfähig.

Stadtrat **Juranek** beklagt, dass der Teil des SPD-Antrags nach einem Kostendeckel nicht kreativ genug von der Verwaltung umgesetzt worden sei. Es habe sich gezeigt, dass der Wegfall von Räumen zu Einsparungen führte. Der Fraktion fällt eine Zustimmung schwer, sie werde allerdings mehrheitlich dafür stimmen.

Die Forderungen des Gemeinderats seien nicht ernst genommen worden, so Stadtrat **Weiss**. Seit Jahren fordere seine Fraktion mittlere Standards und ein effektives Controlling sowie eine rechtzeitige Einbindung des Gemeinderats. Erst bei der Turnhalle Hoheneck sei erstmals ein Generalübernehmer beauftragt worden. Wenn man wolle, sei vieles möglich. Die Fraktion werde sich teilweise enthalten oder gegen die Vorlage stimmen.

Stadtrat **Heer** sieht eine Unzufriedenheit im Gremium. Dass ein Generalübernehmer funktioniere, sehe man am Beispiel Hoheneck. Nun stehe der Gemeinderat unter Druck und hat Angst, dass die Kosten aus dem Ruder laufen. Der Wunsch der Fraktionen werde hier übergangen, daher enthalte sich die FDP.

EBM **Seigfried** unterstreicht, dass hier die beschlossene Schulentwicklungsplanung umgesetzt werde. Die Errichtung einer Grundschule in der Oststadt samt Raumprogramm und Ganztagesprofil sei einvernehmlich vom Gemeinderat beschlossen worden. Mögliche Einsparungen seien von der Verwaltung vorgenommen worden. In der momentanen Hochkonjunkturphase gebe es eine immense Baupreissteigerung. Verzögerungen werde zu Mehrkosten führen, da eine Containerschule errichtet werden müsse. Etwaige Einsparungen würden dadurch aufgebraucht. Ihm sei nicht klar, was der Gemeinderat und die Verwaltung in zwei Jahren Eltern und Kindern sagen werden, wenn die Schule nicht fertiggestellt ist.

BMin **Nießen** sieht nicht, dass die Forderungen des Gemeinderats nicht ernst genommen worden seien; das Ergebnis sei lediglich nicht zufriedenstellend. An der Einrichtung eines internen Controllings in Bausachen werde gearbeitet, dies sei Aufgabe der kommenden Sitzungsperiode.

Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Liegenschaften) führt aus, dass das Räume, vor allem im Erschließungsbereich, reduziert worden seien; das pädagogische Konzept sei mit dem jetzt vorliegenden Raumprogramm machbar. Er erläutere die Einsparungen in den verschiedenen Kostengruppen. Im Vergleich liege mit den Kennzahlen im Mittelbereich. In der momentanen Hochkonjunkturphase habe der externe Controller von einem Generalübernehmer abgeraten. Man liege im Sinne der Nachhaltigkeit bei einigen Kostengruppen über den Standards, diese seien allerdings bezuschusst und im Betrieb und auf lange Sicht günstiger. Es ergeben sich nun Baukosten von 26,1 Mio. Euro, mit Ausstattung und Risikozuschlägen insg. 29,5 Mio. Euro. Durch Zuschüsse verringern sich die Gesamtkosten auf 26,1 Mio. Euro.

Stadtrat **Noz** erinnert an die Bitte, die Kosten für einen Generalübernehmer zu ermitteln.

Es würden in der Debatte zwei Sachen vermischt, so Stadtrat **Haller**. Zum einen der Beschluss zur Fuchshofschule und die Baustandards. Letzteres Thema solle separat und generell in den Gremien besprochen werden.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** sieht den Baubeschluss im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung.

OBM **Spec** lässt sodann über die Vorlage Beschluss fassen.

Geänderter Baubeschluss:

Die Bushaltestellen im Bereich der beschlossenen Sanierung der Hochdorfer Straße zwischen der Droste-Hülshoff-Straße und der Hochberger Straße werden ~~entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen~~ **unter Beibehaltung der Busbucht** barrierefrei umgebaut.

Die Kosten sind in den Gesamtkosten (Bau- und Vergabebeschluss Sanierung Hochdorfer Straße) in Höhe von 260.000,- € enthalten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat V. Lutz
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die Vorberatungen des Themas im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und den dort getroffenen mehrheitlichen Beschluss. Auf Antrag aus dem Gemeinderat werde die Beschlussvorlage nun im Gemeinderat aufgerufen. BM Ilk führt anhand einer Präsentation in die Thematik ein (vgl. Anlage zur Niederschrift). Dabei geht er insbesondere auf die baulichen Veränderungen ein, wenn die Bushaltestelle weiterhin von der Straße abgerückt bleiben soll.

Stadtrat **Link** stellt eine eigene Planung für die Realisierung einer Busbucht vor, ohne Wegfall von Parkplätzen. Für die Anwohner sei ein Anfahren hinter dem Bus nicht zumutbar. Wegfallende Parkplätze sollten hinter dem Friedhof neu angelegt werden.

Der Umbau der Bushaltestelle sollte aus Sicht der Busnutzer her geschehen, so Stadtrat **Bauer**. Die barrierefreie Umgestaltung in der straßenbündigen Variante sei zu bevorzugen, dadurch sei geltendes Recht eingehalten.

Stadtrat **Juranek** führt aus, dass die Maßnahme im Zusammenhang mit der von allen beabsichtigten Busbeschleunigung stehe. Die Lage der Bushaltestelle stadtauswärts berge keine

Schwierigkeiten. Die Fraktion stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu.

Stadtrat **Rothacker** dankt Stadtrat Link für dessen Vorschlag. Die Busse werden in der Droste-Hülshoff-Straße einen Begegnungsverkehr haben. Die Busbucht werde funktionieren. Wer von Bürgerbeteiligung im Wahlkampf gesprochen habe, müsse dem Bürgerwunsch entsprechen und die Busbucht behalten. Die Fraktion werde dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen.

Zur Erhöhung der Akzeptanz des Busverkehrs gehöre auch eine Überdachung der Haltestelle und komfortable Sitzgelegenheiten, führt Stadtrat **Heer** aus. Dies solle mit der straßengebundenen Haltestelle realisiert werden.

Stadtrat **Herrmann** stellt daraufhin den mündlichen Antrag, den Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung abzuändern und den barrierefreien Umbau der Bushaltestelle unter Beibehaltung der Busbucht, wie von Stadtrat Link erläutert, zu realisieren.

BM **Ilk** erläutert, dass die von Stadtrat Link vorgestellten Pläne aufgrund von Schleppkurven und Verziehungslängen der Busse technisch nicht durchführbar seien.

Über den von Stadtrat **Herrmann** formulierten Beschlussvorschlag lässt OBM **Spec** Beschluss fassen und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass es so realisierbar sei.

TOP 6	Erweiterung Möbelhaus XXXL Mann Mobilia	Vorl.Nr.
TOP 6.1	Bebauungsplan "Erweiterung Möbelhaus" Nr. 073/03 (bisher: VHB "Erweiterung XXXL Mann Mobilia" Nr. 073/03) - Erneuter Entwurf und erneute Beteiligung der Öffentlichkeit sowie Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	Vorl.Nr. 418/18

Beschluss:

- I. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Erweiterung XXXL Mann Mobilia“ Nr. 073/03 wird umgestellt auf einen Angebotsbebauungsplan und unter dem Titel BP „Erweiterung Möbelhaus“ Nr. 073/03 fortgeführt.



- II. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- III. Der erneute Entwurf zum Bebauungsplan „Erweiterung Möbelhaus“ Nr. 073/03 vom 07.06.2019 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften, der Begründung (jeweils mit Datum vom 07.06.2019) beschlossen.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Abschluss eines städtebaulichen Vertrages, den erneuten Entwurf des Bebauungsplanes und die örtlichen Bauvorschriften gem. § 3 (2) i.V.m. § 4a (3) BauGB erneut öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) i.V.m. § 4a (3) BauGB erneut einzuholen.
- V. Planungsbeschleunigung: Hält die Verwaltung Ergänzungen oder Veränderungen des ausgelegten Plans für erforderlich und ist aus diesem Grunde ein Verfahren gem. § 4a Abs. 3 BauGB geboten, so ist sie ermächtigt, dies in eigener Zuständigkeit durchzuführen. Voraussetzung hierfür ist, dass sich durch die Änderungen keine erheblichen und/oder nachhaltigen Beeinträchtigungen für die betroffene Öffentlichkeit, die Umwelt oder sonstige Belange ergeben. Der Ausschuss ist umgehend mündlich oder schriftlich hierüber zu unterrichten. Dabei ist Aufschluss über die vorgenommenen Änderungen, deren Gründe und deren Auswirkungen zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.
Protokollauszug Gemeinderat 03.07.2019

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat V. Lutz
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** fragt, ob über die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 gemeinsam beraten und abgestimmt werden kann. Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich das Gremium einverstanden.

BMin **Nießen** erläutert einleitend, dass der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt eine mehrheitliche Beschlussempfehlung ausgesprochen habe. Besonderes Augenmerk sei auf die verkehrlichen Aspekte gelegt worden. Viele Anregungen aus dem Gremium haben Einzug in die Vorlage erhalten. Die Stadt werde auf den Stadtteilausschuss zugehen, um einen ortsnahen Standort für die Ausgleichsmaßnahmen zu suchen. Der Bebauungsplan sei nunmehr kein vorhabenbezogener, sondern ein angebotsbezogener; ebenfalls sei der Titel des Bebauungsplan abgeändert.

In wessen Eigentum der Grund des Schützenheims sei, fragt Stadtrat **Link**. Zudem erkundigt er sich, wo und wie groß das an die Stadt zurückgegebene Grundstück sei. Der Kreuzungspunkt der Mäurachspange sei so verkehrlich nicht sinnvoll und müsse umgeplant werden. Ein Probetrieb nicht in den Ferien sei nötig. Zu den Anwohnern im Mäurach hin müssten Schallschutzwände gebaut werden, um den Lärm vom Abholmarkt abzumildern.

Stadtrat **Bauer** ist gegen die zusätzliche Ausfahrt an der Mäurachspange, da sie eine zusätzliche Belastung für Eglosheim darstellt. Die Fraktion werde unterschiedlich abstimmen.

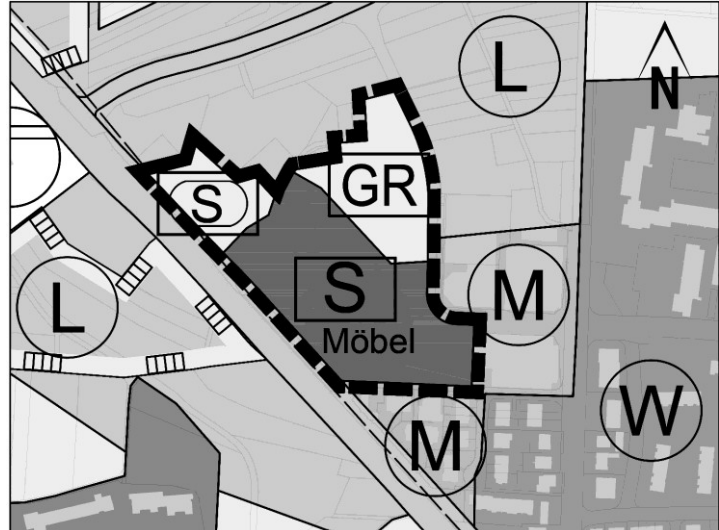
Stadtrat **Juraneck** sieht im heutigen Beschluss einen formalen Akt, da der Entwurf bereits im Gemeinderat beschlossen wurde. In der Vergangenheit seien Kompromisse gefunden worden, die Diskussionen seien ausführlich geführt worden.

Die Fragen seien im Ausschuss bereits beantwortet worden, so BMin **Nießen**. So befinde sich das Grundstück des Schützenheims im Eigentum der Stadt, den Probetrieb wolle die Stadt durchführen. Ebenso sei die Prüfung der Ampelumläufe zugesagt worden. Bei der Schallschutzmauer würde es sich um eine freiwillige Leistung handeln, die mit dem Vorhabenträger zu besprechen sei.

Sodann lässt OBM **Spec** über die Vorlagen 418/18 und 438/18 gemeinsam Beschluss fassen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 3 beschlossen.
- II. Die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 27 „Mäurach“ vom 02.02.2018 wird beschlossen.
Es gilt die Begründung vom 07.06.2019.
- III. Die Flächennutzungsplanänderung ist dem Regierungspräsidium Stuttgart zur Genehmigung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat V. Lutz
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

Die Beratung und Beschlussfassung erfolgt zusammen mit der Vorlage 418/18.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 6.1.

Beschluss:**1. Entwurfs- und Baubeschluss Walckerpark und Bereich an der Unteren Kasernenstraße**

Der Entwurfs- und Baubeschluss zur Sanierung und Umgestaltung des Walckerparks und des Bereichs an der Unteren Kasernenstraße wird gefasst. Grundlage ist die beiliegende Entwurfsplanung des Büros Köber Landschaftsarchitektur, Azenbergstraße 31, 70174 Stuttgart. Die Gesamtprojektkosten von 3.190.000 Euro inkl. 19 % Mehrwertsteuer (Baukosten, Baunebenkosten und Sicherheit) werden genehmigt.

2. Vergabe der Planungsleistungen für die Freiraumplanung Leistungsphasen 4 – 9

Der Vergabe der Planungsleistungen (enthalten in den oben aufgeführten Gesamtprojektkosten) für die Freiraumplanung an Leistungsphase 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung zum Entwurf an das Büro Köber Landschaftsarchitektur GmbH, Azenbergstraße 31, 70174 Stuttgart, wird zugestimmt.

3. Verkauf Grundstücke Untere Kasernenstraße

Die Verwaltung wird beauftragt, die nicht für die Aufwertung des öffentlichen Raums erforderlichen Grundstücksflächen des Flurstücks Nr. 463 an der Unteren Kasernenstraße den angrenzenden Grundstückseigentümern zum Kauf anzubieten.

4. Grundsatzbeschluss Parkierungsbauwerk

Die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH werden beauftragt, die Parkierungsanlage „Begrüntes, künstlerisch gestaltetes Parkdeck“ auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie des Büros BaurConsult aus Stuttgart sowie des beiliegenden Gesamtkonzepts zum Walckerpark (vgl. Anlagen 1 und 2) zu realisieren.

5. Sanierungsförderung Parkierungsbauwerk

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH einen Ordnungsmaßnahmenvertrag abzuschließen. Hierzu soll die maximal mögliche Fördersumme aus dem Sanierungsgebiet Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (ASP) „Untere Stadt“ für die Realisierung des Parkdecks eingesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 25 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat V. Lutz

- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

BMin **Nießen** verweist einleitend auf die zweimalige Vorberatung der Beschlussvorlage im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt. Der Entwurf habe eine breite Zustimmung erhalten. Insgesamt werde eine Aufwertung der Unteren Stadt erreicht. Das Thema Parkierung sei intensiv diskutiert worden, mit dem nun zu realisierenden begrünten Parkdeck habe man eine flexible Lösung gefunden, das bei etwaiger späterer Änderung im Mobilitätsverhalten der Menschen abgebaut werden könne.

Stadtrat **Braumann** signalisiert Zustimmung, da die Verwaltung versichert habe, dass dadurch die Planungen des Favoriteparktunnel und des Schlosstunnels nicht gefährdet würden. Es handle sich um eine Aufwertung der Unteren Stadt, auch für eine etwaige Landesgartenschau. Erfreulich sei der Bau der Hochgarage als Quartiersgarage.

Es sei eine gute Planung, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**, allerdings sende man mit dem Neubau der Hochgarage ein falsches Signal.

Stadtrat **Juranek** stimmt im Namen der Fraktion der Vorlage zu und lobt die Planung.

Die Freien Wähler hätten die begrünte Quartiersgarage ins Gespräch gebracht, führt Stadtrat **Rothacker** aus. Eine solche Lösung sei auch auf der Bärenwiese denkbar. Die Parkplätze würden für die Anwohner und für die Besucher und Mitarbeiter des AWO-Heimes benötigt. Die Einbindung des Vereins Untere Stadt und dessen Zustimmung zu den Planungen sei hervorzuheben.

Aus Sicht von Stadtrat **Heer** handle es sich um eine qualitative Aufwertung der Unteren Stadt, die positiv für die Anwohner sei. Die Garage werde benötigt. Der Umgestaltung sei ebenfalls positiv in Hinblick auf die etwaige erneute Bewerbung zur Landesgartenschau.

OBM **Spec** lässt im Anschluss über die Beschlussvorlage 227/19 Beschluss fassen.

Satzungsbeschluss:

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird die in der Vorlage 156/19 genannte Änderung der Feuerwehrsatzung hinsichtlich der stimmberechtigten Mitglieder des Feuerwehrausschusses (§14) beschlossen und tritt zum 04.07.2019 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat V. Lutz
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 8 auf.

Nachdem das Gremium auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet, lässt OBM **Spec** über die Beschlussvorlage 156/19 abstimmen.

Beschluss:**1. Änderungsanträge der Kindertageseinrichtungen:**

- 1.1. Den beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 (Vorlage 140/19) für das Kindergartenjahr 2019/20 wird zugestimmt.
- 1.2. Dem Personalmehrbedarf in städtischen Einrichtungen von 1,03 Stellen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Bauer
- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadträtin Dr. Knoß
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat V. Lutz
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 9 auf. Er verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 26.06.2019.

Nachdem das Gremium auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet, lässt OBM **Spec** sogleich über die Vorlage 140/19 abstimmen.

Beschluss:

1. Der Aufnahme in die kommunale Bedarfsplanung des Trägers Pädagogische Kinderförderungsgesellschaft mbH Early Bird Club mit 3 Krippengruppen und 1 Gruppe für Kinder im Alter von 3-6 Jahren mit einer Betreuungszeit von 10 Stunden wird zugestimmt.
2. Zur Deckung seiner laufenden Betriebskosten erhält der Träger eine Betriebskostenförderung entsprechend der Eckpunkte für freie und privatgewerbliche Träger. Für das Haushaltsjahr 2020 belaufen sich die Kosten auf rund 548.800 Euro.
3. Dem Raumprogramm der Kindertageseinrichtung Salonallee wird zugestimmt.
4. Vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan 2020 erhält der Träger für den Kauf und den Umbau des Gebäudes Salonallee 1 eine anteilige Bauinvestitionskostenförderung von maximal 1.061.868 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 25 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat V. Lutz
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 10 auf. Nachdem das Gremium auf Sachvortrag verzichtet, eröffnet er sogleich die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** unterstützt im Namen der Fraktion das Vorhaben. Die Trägervielfalt aus kirchlichen, sozialen und privatwirtschaftlichen Akteuren neben der Stadtverwaltung sei unverzichtbar für die Bewältigung der Aufgaben im frühkindlichen Bildungsbereich. Der vorliegende Antrag der Trägergesellschaft sei wirtschaftlich; die Vergabe der Plätze werde von der Verwaltung vorgenommen. Die Schaffung von Ü3-Plätzen sei vom Gemeinderat so gewünscht gewesen und stellt einen guten Kompromiss dar. Stadtrat Meyer appelliert an die Nachbarschaft und wirbt für Offenheit und Kompromissbereitschaft.

Stadtrat **Prof. Vierling** spricht Erdarbeiten vor dem künftigen Gebäude der Kita an, in deren Zuge Alleebäume beschädigt worden seien und um Auskunft hierüber. Der Ort sei aufgrund der Lärm- und Luftbelastung durch die Nähe zur B27 ungeeignet für eine Kindertageseinrichtung. Die Frage sei, wie hier Abhilfe geschaffen werden könne. Insgesamt fehle ein Verkehrskonzept für die Kita und die gesamte Südstadt.

In diesem Zusammenhang verweist OBM **Spec** auf kürzlich stattgefundene Gespräche der Verwaltung mit Anwohnern der Südstadt, in denen darauf hingewiesen wurde, dass die verkehrliche und die Lärmsituation als Teil des Stadtteilentwicklungsprogramms bearbeitet werden soll.

Stadtrat **von Stackelberg** führt aus, dass mit dem Standort ein Verkehrskonzept erarbeitet werden müsste, das jetzige sei sehr unausgereift. Der Standort sei nicht überzeugend, gleichwohl werden Kita-Plätze dringend gebraucht. Die Fraktion werde unterschiedlich abstimmen.

Die Kindertageseinrichtung liege an einem schwierigen Standort und stelle eine weitere Belastung für die Südstadt dar, so Stadträtin **Moersch**. Es sei positiv, dass die Ludwigsburger Kinder Vorrang in der Belegung haben und dass es konstruktive Gespräche zwischen Träger und Anwohner gebe. Letztere sollen auch weiterhin berücksichtigt werden. Die Schaffung von U3- und Ü3-Plätzen sei erfreulich.

Die Bedenken der Belegung seien laut Stadtrat **Heer** durch die Stadtverwaltung geklärt worden. Aus seiner Sicht sollten sich Kindertageseinrichtungen innerhalb von Wohngebieten befinden und nicht außerhalb. Eine Lärmbelastung durch Kinder solle nicht als Argument gegen den Standort akzeptiert werden. Maßnahmen gegen Verkehrslärm, die den Kindern und auch den Anwohnern dienen, sollten ergriffen werden. Der Vorlage werde Stadtrat Heer zustimmen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** regt die Prüfung auf Tempo 30 an, wie an anderen Stellen in der Stadt vor Kindertageseinrichtungen.

OBM **Spec** sagt die Beantwortung der offenen Frage von Stadtrat Prof. Vierling zu und stellt anschließend die Beschlussvorlage 157/19 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Den Änderungen der Gebührensatzung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat V. Lutz
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 11 auf.

Nachdem das Gremium auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet, lässt OBM **Spec** sogleich über Beschlussvorlage 232/19 abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Schlussbericht der örtlichen Prüfung des Fachbereichs Revision zur Jahresrechnung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat V. Lutz
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 12 auf.

Das Gremium nimmt den Schlussbericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2017 zustimmend zur Kenntnis.

Beschluss:

Dem als Anlage 1 (Vorlage 234/19) beigefügten Feststellungsbeschluss für das Haushaltsjahr 2017 sowie der Übersicht über die Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen (Anlage 2) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Daferner
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kasdorf
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Kreiser
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadträtin Dr. Traub
- Stadtrat V. Lutz
- Stadtrat Dr. O'Sullivan
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 13 auf.

Nachdem seitens des Gremiums auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt OBM **Spec** über die Vorlage 234/19 Beschluss fassen. Er schließt im Anschluss den öffentlichen Teil der Sitzung.